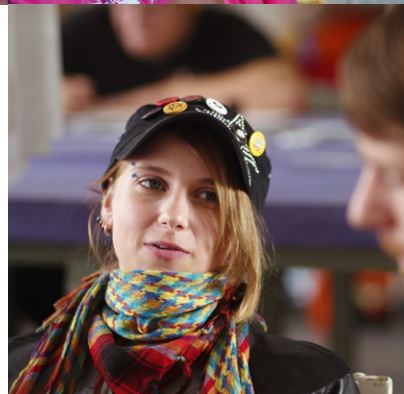
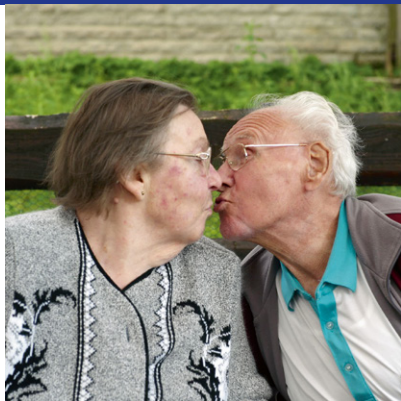


90 Jahre
TRADITION &
INNOVATION

Jahresbericht 2014

Von Menschen für Menschen



Ein verlässliches Fundament für Gesellschaft und Sozialstaat

Wir arbeiten für eine humane und friedvolle Gesellschaft

Engagement für Deutschlands Zukunft

Wir stellen uns den gesellschaftlichen Herausforderungen

Effektive Hilfe direkt vor Ort

Wir wissen, welche Unterstützung die Menschen brauchen

Dem Gemeinwohl verpflichtet

Wir wollen helfen, nicht Gewinne erwirtschaften

Unsere Gesellschaft, unterstützt von den Bürgern

Wir sind eine tragende Säule der Zivilgesellschaft

Qualität zum Nutzen der Menschen

Wir arbeiten mit nachhaltigem Erfolg

Anwalt der Schwachen

Wir geben den Sprachlosen eine Stimme

Kompetenter Berater der Politik

Wir gestalten mit, vom Bund bis in die Kommune

Europas soziales Gewissen

Wir sind auch in Brüssel gefragt

Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement

Wir bieten engagierten Menschen einen Rahmen

Inhalt

Zum Auftakt	3
Das Politische Jahr	4
Freie Wohlfahrtspflege	8
Politische Gespräche	10
Qualitätsmanagement und BAGFW – die Erfolgsgeschichte	12
2014	14
Jubiläumsveranstaltung 90 Jahre BAGFW und Deutscher Sozialpreis . . .	16
Gremienarbeit	18
Sozialkommission I	18
Sozialkommission II	20
Finanzkommission	22
Geschäftsstelle	23
Finanzen 2013	30
Anschriften	32

Die Federführung in der Bundesarbeitsgemeinschaft lag 2014 beim AWO-Bundesverband. Im Rahmen der zweijährigen Federführung war der Vorsitzende des Vorstandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wolfgang Stadler, Präsident der BAGFW.

Die Mitgliederversammlung ist das zentrale Entscheidungs- und Beschlussorgan. Sie bestimmt Ziele, Strategien und Politik der BAGFW-Arbeit.

Mitglieder der BAGFW-Mitgliederversammlung 2014 waren

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Wolfgang Stadler, Martina Arends, Brigitte Döcker

Deutscher Caritasverband e. V.
Prälat Dr. Peter Neher, Prof. Dr. Georg Cremer,
Mario Junglas (bis Juni), Katrin Gerdsmeyer (ab Juli)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Dr. Ulrich Schneider, Werner Hesse

Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Donata Freifrau Schenck zu Schweinsberg, Clemens Graf
von Waldburg zu Zeil und Trauchburg, Tobias Nowoczyn

Diakonie Deutschland-Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
OKR Johannes Stockmeier (bis Mai), Ulrich Lilie (ab Juli),
Maria Loheide, Uwe Schwarzer

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.
Abraham Lehrer, Benjamin Bloch

Der Mitgliederversammlung arbeiten drei Kommissionen zu, unterhalb dieser konstituieren sich die Fachausschüsse. Eine Übersicht finden Sie auf Seite 9.

Zum Auftakt

2014 war das Jubiläumsjahr der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Ihre Gründung fand am 22. Dezember 1924 statt. In seiner Grundsatzrede zur Jubiläumsveranstaltung am 8. Dezember 2014 betonte Präsident Wolfgang Stadler:

„Die Tradition der Freien Wohlfahrtspflege begründet sich in der Arbeit von Menschen für Menschen. Das bedeutet: Unser Anliegen ist die Sorge um das Wohl des Einzelnen, der mit seinen Ängsten, Nöten und Herausforderungen des Lebens Hilfe sucht ...

Aber: Uns alle verbindet die Überzeugung, dass Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen nicht nur „versorgt“ werden müssen. Nein, es soll ihnen eine würdige Teilhabe am Alltag möglich sein. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer funktionierenden Demokratie. Aber auch wir müssen uns immer wieder vergewissern, ob wir in unserem Handeln und Tun den Schulter-schluss mit Betroffenen hinbekommen und ihre Interessen und ihre



Wolfgang Stadler, BAGFW-Präsident 2013–2014

Bedürfnisse vertreten ...

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wissen um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements. Es gehört – wenn man so will – zu unserer aller DNA. Es legitimiert nicht nur unser Tun, sondern legt ein soziales Potenzial frei und hilft zugleich immer wieder, die Sinne für die soziale Verfasstheit des Landes zu schärfen.

Das Politische Jahr



Das 90. Jahr ihres Bestehens hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unter das Motto „Tradition und Innovation“ gestellt. Sie bringt damit einerseits ihre tiefe Verwurzelung in der deutschen Sozialgeschichte zum Ausdruck und reklamiert andererseits Modernität für sich. Die Bundesarbeits- und Sozialministerin hat die Freie Wohlfahrtspflege im Laufe des Jahres einmal als den „Markenkern des deutschen Sozialstaates“ bezeichnet.

Diese Einschätzung hat sich die Freie Wohlfahrtspflege über ihr Jahrzehnte langes Engagement in allen Feldern der sozialen Arbeit aber auch durch den anderen Aspekt des Mottos, nämlich durch ihre anhaltende Innovationsfähigkeit, erworben. Interessanterweise hat die anfänglich eher wohlfahrtskritisch geführte Diskussion über die Innovationskraft der gemeinnützigen Sozialwirtschaft und ihrer Verbände zu dem Ergebnis geführt, dass ganz im Gegenteil von dort in Vergangenheit und Gegenwart, erhebliche Innovationsleistungen ausgegangen sind.

Wir haben das Jubiläum der BAGFW fast auf den Tag genau im Dezember, im Rahmen eines Festaktes am historischen Gründungsort gefeiert. Das politische Jahr begann am 9.1.2014 mit dem ersten einer Vielzahl von politischen Gesprächen, die wir mit Vertretern der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen aber auch der Opposition im Deutschen Bundestag geführt haben. Das erste Gespräch fand mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Volker Kauder, statt. Bezeichnend für das ganze Jahr war das be-

achtliche Interesse zentraler politischer Akteure an einer fundierten Auseinandersetzung mit der BAGFW und ihren Repräsentanten. Ein Höhepunkt in diesem Gesprächsreigen bildete ein erneutes Gespräch mit der Bundeskanzlerin, in dem die Themen „Qualität in der Kinderbetreuung“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, „Inklusion“ und „besonders benachteiligte Gruppen im Arbeitsmarkt“ besprochen wurden.

Das Beratungs- und Debatteninteresse der Politik ergab sich u. a. auch daraus, dass die Bundesregierung mit einem großen Arbeitstempo ihre Vorhaben abzuarbeiten begonnen hatte. Da es viele Projekte mit einem unmittelbaren Wohlfahrtsbezug gab, war es naheliegend, sich der Beratung durch die BAGFW zu versichern. Dies galt sowohl für die Pläne des BMFSFJ im Bereich der besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege. Aber auch für die neu aufgelegte Demografiestrategie mit ihren diversen Arbeitsgruppen.

Am 4. März kam es zu einem ersten Verbändegespräch mit der Hausleitung des BMFSFJ an dem sowohl Bundesministerin Schwesig, als auch Staatssekretär Dr. Kleindiek teilnahmen.

Bei diesem Auftakt wurden nahezu alle Themen angesprochen, die die Freie Wohlfahrtspflege mit ihrem „Hausministerium“ verbinden. Dabei wurde in wesentlichen Punkten ein hohes Maß an Übereinstimmung festgestellt.

Mit den Parlamentarischen Staatssekretärinnen Elke Ferner und Caren Marks gab es im Laufe des Jahres vertiefende Gespräche im jeweiligen inhaltlichen Zuständigkeitsbereich. Selbstverständlich gab es auch auf der Arbeitsebene vielfältige konstruktive Kontakte mit dem Haus.

Im Bereich des BMAS ging es uns erneut vorrangig um die Verbesserung des Angebots für Langzeitarbeitslose, die nach wie vor trotz der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt zu den benachteiligten Gruppen gehören. Dazu haben wir in verschiedenen Konstellationen Gespräche mit der Bundesministerin, Frau Andrea Nahles, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Hervorzuheben ist insbesondere ein gemeinsamer Workshop mit dem BMAS unter Teilnahme der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Kramme zu den Möglichkeiten und Chancen eines Passiv-Aktiv-Transfers zur Finanzierung von Leistungen für Langzeitarbeitslose.

Die Federführung für das geplante Bundes- teilhabegesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland liegt ebenso beim BMAS. Dieses Vorhaben wurde in 2014 durch das Ministerium in einem aufwändigen Konsultationsprozess, auch unter Beteiligung der BAGFW, vorbereitet. Wir haben dazu umfängliche Parallelstrukturen in der BAGFW geschaffen, um eine optimale Begleitung dieses Prozesses zu gewährleisten. Von dessen Erfolg wird abhängen, ob es in Zukunft gelingt,

Teilhabe für Menschen mit Behinderungen in Deutschland neu zu definieren.

Das gemeinsame Sozialmonitoring der BAGFW mit der Bundesregierung hat in 2014 eine Fortsetzung erfahren. Im Dialog mit den verantwortlichen Ministerien werden dabei nicht-intendierte Folgen von Gesetzen und sonstigen rechtlichen Vorgaben im sozialen Bereich besprochen und nach Möglichkeit beseitigt.

Auch die Aktivitäten des Bundesgesundheitsministeriums wurden engmaschig begleitet. In den Gesprächen mit dem Bundesminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ging es insbesondere um die Begleitung des Pflegestärkungsgesetzes als erster Stufe der Pflege-reform. Im Zentrum stehen Verbesserungen sowohl für die zu Pflegenden als auch für die Situation der Pflegekräfte, deren z. T. unverhältnismäßig schlechte Vergütung nach wie vor ein zentrales Problem in der Pflege darstellt.

Schon seit vielen Jahregibt es im Pflegebereich Bemühungen zum Abbau unnötiger Bürokratie. Im Berichtszeitraum haben sich nunmehr die Aktivitäten dergestalt verdichtet, dass es hier tatsächlich zu einem merklichen Abbau von Bürokratie, insbesondere im Hinblick auf den Dokumentationsaufwand, kommen könnte. Die entsprechenden Bemühungen wurden durch die ehemalige Ombudsfrau für den Bürokratieabbau im BMG, Frau Elisabeth Beikirch, aber auch durch den neuen Pflegebeauftragten der Bundesregierung, Staatssekretär Karl-Josef Laumann, vorangetrieben. Als BAGFW und im Rahmen der Pflegeselbstverwaltung haben wir uns intensiv an diesem Prozess beteiligt. Für die Pflegeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspfle-

4.9.2014 – Vertreterinnen und Vertreter der Spitzenverbände im Gespräch mit der Bundeskanzlerin 4.9.2014 – Fachkräftemangel in der Pflege
4.8.2014 – Statistik 31.7.2014 – Entbürokratisierung in der Pflege 30.7.2014 – BAGFW-Pressemitteilung: EU-Richtlinie ermöglicht „Basiskonto für alle“ 24.7.2014 – Pflege Entbürokratisierung 9.7.2014 – BAGFW-Tagung Migrationsberatung 3.7.2014 – Pflegebedürftigkeitsbegriff 3.7.2014 –

Pflege – Modellprojekt „Ergebnisqualität Münster-EQMS“ 11.6.2014 – Maria Loheide ist neue BAGFW Vizepräsidentin 5.6.2014 – Austausch der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel, MdB 15.5.2014 – Gespräch im BMG 10.4.2014 – Wohlfahrtsmarken mit App 2.4.2014 – Politischer Gesprächsfaden 2.4.2014 – Austausch mit der Integrationsbeauftragten der



Modellprojekt „Ergebnisqualität Münster-EQMS“ weist nach: Messung und Darstellung von Ergebnisqualität ist erfolgreich in der Praxis. Rasche bundesweite Umsetzung gefordert. Der Beauftragte für die Belange der Patientinnen und Patienten, Karl-Josef Laumann (Mitte), ließ sich von Dr. Klaus Winterkamp (links) und Dr. Gerhard Timm (rechts) das Münsteraner Modell zur Qualitätsmessung in der Pflege „EQMS“ bei einem Besuch in seinem Heimatwahlkreis in Mettingen vorstellen.



Parlamentarischer Abend gemeinsam mit dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

ge hat die BAGFW vier bundesweite Informationsveranstaltungen organisiert und gemeinsam mit dem GKV-Spitzenverband und dem bpa drei Workshops ausgerichtet, die sich mit der praktischen Umsetzung des von Frau Beikirch entwickelten Modells beschäftigt haben.

Mit Staatssekretär Laumann konnten wir im Juni in der Nähe von Münster einen Einrichtungsbesuch vereinbaren, bei dem wir uns einerseits intensiv über den Bürokratieabbau, andererseits aber auch über das nach wie vor ebenso zentrale Wingenfeld-Projekt zum Systemwechsel in der Pflegetransparenz austauschten. Letzteres ist im zurückliegenden Jahr leider nur wenig weitergekommen, was einerseits sicherlich an den umfänglichen anderen Aufgaben im Pflegebereich, aber auch an dem nachhaltigen Widerstand des MDK und der Pflegekassen liegt. Wir hoffen, dass sich hier zum Ende des Jahres, durch die Verabredungen eines gemeinsamen Modellvorhabens, eine Wende zum Besseren ergeben hat.

Im Bereich des Bundesinnenministeriums liegt die Zuständigkeit für Migration und Flüchtlinge. Auch dieses Arbeitsfeld bildete einen Schwerpunkt der BAGFW-Arbeit im zurückliegenden Jahr. In Anbetracht der starken Zunahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland ist dies sicherlich nicht verwunderlich. Im Gespräch mit dem Bundesinnenminister konnten wir unser Ziel verdeutlichen, die Lebensbedingungen der Flüchtlinge zu verbessern und eine Willkommenskultur zu schaffen, die von uns als Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund angesehen wird.

Auch die mögliche Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes spielte in den Gesprächen eine Rolle, hat uns aber auch unabhängig davon beschäftigt. Gemeinsamer Konsens ist hier, dass die Gründung eines Wohlfahrtsverbandes eine zivilgesellschaftliche Angelegenheit der Selbsthilfe und -organisation darstellt und daher von den Muslimen in Deutschland ausgehen muss.

Gemeinsam mit dem Deutschen Verein haben wir Anfang März wieder einen Parlamentarischen Abend durchgeführt, an dem mehr als 300 Gäste teilgenommen haben. Auch hier zeigte sich das große Interesse an einem Austausch und Dialog mit der Freien Wohlfahrtspflege zu den anstehenden Themen der Legislaturperiode.

Hervorzuheben ist auch die deutliche Verbesserung des Austausches mit dem Bundeswirtschaftsministerium, der in der Vergangenheit, trotz der auch volkswirtschaftlich beträchtlichen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege, so gut wie nicht stattgefunden hat. 2014 gab es sowohl ein Verbändegespräch mit dem Bundesminister als auch die Einbeziehung der BAGFW in den von Sigmar Gabriel eingerichteten Beirat für das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP). Die Debatte um dieses Abkommen und ein gleichartiges mit Kanada hat in der deutschen und europäischen Zivilgesellschaft für erhebliche Aufregung gesorgt. Es besteht vor allem die Befürchtung, dass Grundlagen der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege aber auch Grundlagen der Gemeinnützigkeit durch die Abkommen möglicherweise gefährdet werden könnten. Es haben sich hierzu im Rahmen der Zivilgesellschaft verschiedene Alli-

anzen gebildet und bestehende Gruppierungen mit dem Thema beschäftigt, so auch im Rahmen des Bündnisses für Gemeinnützigkeit, des Bündnisses für Gemeinwohl auf europäischer Ebene und der zivilgesellschaftlichen Vertreter in dem erwähnten Beirat des BMWi.

Auch auf dem Parlamentarischen Abend der BAGFW am 19.11.2014 in Brüssel, der eigentlich den weiteren sozialen Perspektiven der EU mit dem neu gewählten Parlament und der neuen Kommission dienen sollte, spielte das Thema TTIP mindestens eine zentrale Nebenrolle.

Intern hat sich die BAGFW zu Beginn des Jahres, im Rahmen einer Klausur der Mitgliederversammlung auf eine Sicherung der Arbeitsgrundlagen der BAGFW-Geschäftsstelle verständigt. Hierbei ging es nicht nur um eine leicht erneuerte inhaltliche Ausrichtung, die inzwischen zur Schaffung der Stelle eines Referenten für Grundsatzfragen geführt hat, sondern auch um die materielle Absicherung der Arbeit, die nunmehr bis 2018 gesichert ist.

Das erfolgreiche von der Regiestelle in der BAGFW begleitete Projekt „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“, soll in der neuen Förderperiode des ESF durch ein „rückenwind II-Projekt“ ergänzt werden. Dessen Schwerpunkte sind neben der Personalentwicklung auch die Organisationsentwicklung von Unternehmen der Sozialwirtschaft. Dazu wurden im Laufe des Jahres entsprechende Vorgespräche mit dem BMAS geführt, die zu einem nahtlosen Anschluss an das alte Projekt führen soll. In dessen Rahmen wurden insgesamt 131 Projekte mit einem Gesamtvolumen von 60 Mio. Euro erfolgreich abgewickelt.

Das von 2003 bis 2014 bei der BAGFW angesiedelte Qualitätsmanagement-Projekt wird in der bisherigen Form im kommenden Jahr nicht weitergeführt. Dies ist nicht zuletzt Ausdruck des Erfolges dieses Projektes, dem es gelungen ist, den Qualitätsgedanken nicht nur in der BAGFW zu einer Selbstverständlichkeit werden zu lassen, sondern auch in den Spitzenverbänden fest zu verankern.

Die erhebliche Arbeitslast des Jahres schlägt sich auch in der Zahl von Stellungnahmen und Positionspapieren nieder, die mit 38 zeigt, mit welcher Intensität und mit welchem Arbeitsaufwand an den diversen Fragestellungen und Vorhaben gearbeitet wurde.

Dies gibt mir Anlass allen Menschen in den Spitzenverbänden und in der Geschäftsstelle der BAGFW für ihre sehr gute Arbeit und ihr hohes Engagement zu danken, ohne das die hohe Arbeitsdichte des letzten Jahres nicht zu bewältigen gewesen wäre.

Wolfgang Stadler
Präsident 2013–2014

Freie Wohlfahrtspflege

Wir sind für Menschen da –
unabhängig von ihrer Herkunft,
Religion und Weltanschauung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) ist die gemeinsame Stimme der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, Diakonie Deutschland Evangelischer Bundesverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland wurzeln in unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen. Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeitenden sechs Spitzenverbände verleihen dem Anliegen Gehör, das sie eint: der Sorge für alle Menschen, die Hilfe benötigen.

Der federführende Verband ist mit einer Vielzahl von Aufgaben und Zuständigkeiten eng mit der Geschäftsstelle der BAGFW verbunden. Er nimmt hier Steuerungsfunktionen wahr. Insbesondere hat der Federführer auch Zugriff auf die Führungspositionen in den Fachausschüssen, in denen die inhaltlichen Positionen der BAGFW erarbeitet werden. Diese Regelung erlaubt eine einheitliche und stringente Führung der BAGFW durch den federführenden Verband.



Gemeinwohl dienende Tätigkeiten“ – 24.2.2014 Stellungnahme der BAGFW zur Strategischen Sozialberichterstattung der Bundesregierung 2014
– 3.3.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien als „Sichere Herkunftsländer“ – 28.3.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf des Nationalen Reformprogramms

Gremien der BAGFW in 2014

Mehr zur Arbeit der Fachausschüsse unter www.bagfw.de.

Ausschuss „GlücksSpirale bei der BAGFW“ Vorsitz: Herr Lehrer, ZWST Koordinierung und Verwaltung der Förderanträge und -mittel	Mitgliederversammlung Vorsitz: Herr Stadler, AWO Stellv.: Herr OKR Stockmeier, seit 22.5.2014 Maria Loheide Diakonie Deutschland Stellv.: Herr Prof. Dr. Rosenbrock, Der PARITÄTISCHE	Ausschuss „Europa“ Vorsitz: Herr Bartels, AWO Die Geschäftsstelle der BAGFW koordiniert die Vorhaben und die Beteiligung der Kommissionen
Finanzkommission Vorsitz: Herr Lehrer, ZWST Stellv.: Herr Millies, DCV	Sozialkommission I Vorsitz: Frau Döcker, AWO Stellv.: Frau Nagelschmidt, DRK	Sozialkommission II Vorsitz: Frau Loheide, Diakonie Deutschland Stellv.: Herr Dr. Rock, Der PARITÄTISCHE
Fachausschuss „Gemeinnützigkeit und Steuern“ Vorsitz: Frau Dr. Wohlleber, Diakonie Deutschland	Fachausschuss „Altenhilfe“ Vorsitz: Herr Bölicke, AWO	Fachausschuss „Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung“ Vorsitz: Frau Helbig, AWO
Fachausschuss „Wohlfahrtsmarken“ Vorsitz: Herr Millies, DCV	Fachausschuss „Behindertenpolitik“ Vorsitz: Frau Schuh, AWO	Fachausschuss „Kinder, Jugend, Familie und Frauen“ Vorsitz: Herr Theißen, AWO
Fachausschuss „Statistik“ Vorsitz: Herr Millies, DCV	Fachausschuss „Gesundheitswesen“ Vorsitz: Frau Dr. Ludwig, AWO	Fachausschuss „Migration und Integration“ Vorsitz: Herr Barth, AWO
Fachausschuss „Vergaberecht“ Vorsitz: Herr Hesse, Der PARITÄTISCHE	Ausschuss „Qualitätsmanagement“ Vorsitz: Herr Wittenius, AWO	Fachausschuss „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“ Vorsitz: Frau Rindt, AWO
Arbeitsgruppe „Verwertungsgesellschaften“ Vorsitz: Frau Baeskow, AWO	Arbeitsgruppe „Betreuungsrecht“ Vorsitz: Frau Scholl, Diakonie	Arbeitsstab „Sozialmonitoring“ Vorsitz: Frau Droste-Franke, AWO
		Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ Vorsitz: Herr Memarnia, AWO

Die Mitgliedschaft in den Gremien der BAGFW wird nicht vergütet und es werden keine Aufwandsentschädigungen bezahlt.

Politische Gespräche

Politische Kommunikation ist die Kernaufgabe der BAGFW, die sie auf verschiedenen Ebenen und in verschiedener Form wahrnimmt. Voraussetzung ist in jedem Fall die Klärung und Abstimmung einer gemeinsamen Position. Die politischen Gesprächspartner in der Bundeshauptstadt reichen von der Bundeskanzlerin über die Minister bis weit in die Ministerialbürokratie hinein. Im Deutschen Bundestag sprechen wir mit den Abgeordneten und ihren gewählten

Funktionsträgern, aber natürlich auch mit den Parteien. Die Gespräche werden auf den verschiedenen Ebenen der BAGFW, z. T. unter Beteiligung aller Verbände, oft in kleineren Gruppen, gelegentlich aber auch als „Vier-Augen-Gespräche“ geführt. Die Geschäftsstelle stellt die Vorbereitung, die Dokumentation und Verbreitung der Ergebnisse sicher, damit mit den Gesprächsergebnissen weiter gearbeitet werden kann.

Ausgewählte Politische Gespräche (Monatschronologie)

22.1.2014: Katrin Göring-Eckardt und Dr. Anton Hofreiter, Fraktionsführung Bündnis 90/Die Grünen. Das Auftaktgespräch auf Spitzenebene der Grünen Bundestagsfraktion hatte u. a. öffentlich geförderte Beschäftigung und Pflege zum Gegenstand.

18.2.2014: Dr. Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke. Gegenstand des Gespräches waren die Flüchtlingspolitik sowie das Thema Pflege und öffentlich geförderte Beschäftigung.

4.3.2014: Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. In diesem Kennenlern-Gespräch stellten sich die Verbände vor und erläuterten ihre wich-



tigsten Anliegen. Unter anderem wurden Themen besprochen wie sexueller Missbrauch von Kindern, die Notwendigkeit einer stärkeren sozialräumlichen Ausrichtung, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen, Bürgerschaftliches Engagement oder der Schutz von Frauen vor Gewalt.

14.4.2014: Mechthild Rawert, Pflegepolitische Sprecherin der SPD. Themen dieses Gesprächs waren die Pflegereform und der Pflegebedürftigkeitsbegriff, die Pflegedokumentation und der Neustart der Qualitätsberichterstattung in der Pflege.

13.5.2014: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Es fand seit 2005 das erste Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium statt. Der Minister schlug vor, ein solches Gespräch jährlich zu führen. Themen waren u. a. das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP, Fachkräftemangel, das aktuelle Gutachten der Monopolkommission, die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinie und die Energiewende.

24.6.2014: Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Die Schwerpunkte dieses Kennenlern-Gespräches waren die Themen Sozialtarif, öffentlich geförderte Beschäftigung, das Bildungs- und Teilhabepaket sowie das geplante Bundesteilhabegesetz.

3.7.2014: Corinna Rüffer, Behindertenpolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen. Bei diesem Gespräch auf Fachebene ging es u. a. auf Basis des BAGFW-Eckpunktepapiers um die Einschätzung der Situation zur Reform der Eingliederungshilfe und der Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes.

18.8.2014: Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Zunächst wurde über die großen Projekte aus dem Koalitionsvertrag, wie die Pflege- und Rentenreform oder die Regelungen zum Mindestlohn gesprochen. Danach wurden speziellere Punkte wie die Inklusion, die Langzeitarbeitslosigkeit oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf thematisiert.

16.9.2014: Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Gegenstand dieses Gesprächs war vor allem die Deutsche Islamkonferenz und die mögliche Gründung eines islamischen Wohlfahrtsverbandes.

8.10.2014: Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Annette Kramme. Mit Frau Kramme und Mitarbeitern des BMAS hat die BAGFW einen gemeinsamen Workshop zum Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) durchgeführt. Das PAT-Modell soll, Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen.

5.11.2014: Kerstin Griese, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales und weitere Ausschussmitglieder. Wie auch schon in anderen politischen Gesprächen des Jahres wurden Fragen wie die Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes und die öffentlich geförderte Beschäftigung thematisiert.

4.12.2014: Paul Lehrieder, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ und weitere Ausschussmitglieder. Gegenstand des Gesprächs waren u. a. die Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen, der effektive Schutz für Frauen vor Gewalt, die Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung sowie Bürgerschaftliches Engagement.



Gespräch der BAGFW mit dem Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und Staatssekretär Lutz Stroppe, am 31.3.2014, im BMG

2014 – 22.4.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf für ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – **Leistungsausweitung für Pflegebedürftige**, Pflegevorsorgefonds – 30.4.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur **Einführung des Elterngeld Plus** mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz vom

24.4.2014 – 20.5.2014 **Kurzfassung des Strategischen Grundsatzpapiers BE** – 21.5.2014 Positionspapier der BAGFW zur medizinischen **Rehabilitation** – 22.5.2014 Gemeinsame Positionierung des Deutschen Behindertenrates, der BAGFW und der Fachverbände für Menschen mit Behinderung zur **Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes** – 23.5.2014 Zwischenbericht der BAGFW zur **Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive** – 2.6.2014

Qualitätsmanagement und BAGFW – die Erfolgsgeschichte

Mit der sozialrechtlichen Entwicklung zur Ökonomisierung wurde das Thema „Qualität“ für die Einrichtungen der Sozialen Arbeit bzw. deren Träger zunehmend zu einer wesentlichen Steuerungsgröße. Zu Beginn der 2000er Jahre wurden, im Rahmen der gesetzlichen Regulierung, die Leistungserbringer auch verpflichtet Qualitätsmanagement (QM) bzw. Qualitätsentwicklung zu betreiben.

Auf der Ebene der BAGFW begannen die Wohlfahrtsverbände bereits 1999 damit, sich über die jeweils verbandsspezifischen Qualitätsmanagement-Entwicklungen auszutauschen. So entstand die Projektstelle QM in der BAGFW. Damit wurde die politische und fachliche Relevanz der Qualitätsdebatte unterstrichen. Als konkrete Beispiele für deren Arbeit seien hier die Fachtagungen und -workshops, der Aufbau des fachspezifischen Internetportals zum Themenschwerpunkt Qualitätsmanagement sowie die Zertifizierung der Geschäftsstelle der BAGFW nach ISO 9001 und DGVM ZERT genannt.

Mit den grundlegenden Papieren zu den Qualitätszielen und der Qualitätspolitik der Wohlfahrtsverbände wurde ein gemeinsamer Rahmen der qualitätspolitischen Ausrichtung beschrieben, der nach innen gerichtet Qualitätsentwicklung sichern und nach außen gerichtet die fachpolitischen Debatten mitgestalten sollte. Die integrierten Management-Konzepte der einzelnen Verbände stellten die grundlegenden Führungsinstrumente und Werkzeuge dar, mit denen der gemeinsame Ansatz der Qualitätsentwicklung befördert wurde.

Die Konzipierung und Integration solcher Systeme in der fachlichen Arbeit stand zunächst im Vordergrund. Dabei spielten zunächst die Entwicklung von Struktur- und Prozessqualität eine wesentliche Rolle. Im Verlauf des Projektes QM rückte die intensive Auseinandersetzung mit der Ergebnisqualität in den Mittelpunkt.

Dieser Entwicklungsprozess ist – in enger Kooperation mit wissenschaftlichen Forschungsinstituten – gelungen. So konnte im Rahmen des Projektes „Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur Beurteilung der Ergebnisqualität in der stationären Altenhilfe“ (2009–2011, gefördert durch das BMG und das BMFSFJ) ein Vorstoß zur Entwicklung von ergebnisorientierten Indikatoren der Qualitätsmessung und mit Überlegungen zur transparenten Darstellung der Einrichtungsqualität im Arbeitsfeld Pflege erreicht werden. Damit hat die BAGFW wesentlich zu einer fachlichen Entwicklung der Ergebnisqualität und ihrer Erfassung für das Arbeitsfeld der Altenhilfe beigetragen.

Vergleichbares wurde mit dem Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe? Entwicklung, Erprobung und Evaluation von Indikatoren und Instrumenten zur Messung und Beurteilung der Teilhabe von Menschen mit geistigen und/oder Mehrfachbehinderungen oder psychischer Erkrankung“ (2011 – 2014, gefördert durch die Aktion Mensch) angestoßen. Hierbei stand die Entwicklung wissenschaftlich fundierter Indikatoren und Instrumente als „Handwerkzeug“ im Zentrum, mit dessen Hilfe – aus der Perspektive des Menschen mit Behinderung – die Umsetzung von Teilhabe gemessen werden kann und Aussagen über die Zielerreichung von individuell in Anspruch



links: Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation-Abschlussveranstaltung im Rahmen des Praxistests. Frau Elisabeth Beikirch, zusammen den VertreterInnen der BAGFW

rechts: v.l.n.r.: Lutz Stroppe (BMG), Erika Stempfle (BAGFW), Werner Hesse (BAGFW), Karl-Josef Laumann (BMG) zur Eröffnung der Tagung



genommenen Maßnahmen der Eingliederungshilfe getroffen werden können. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Projektes ein Konzept für den personenzentrierten Anwendungsprozess sowie Instrumente für das Auswertungsverfahren („Gebrauchsanweisung“) entwickelt.

Rückblickend lässt sich feststellen: QM ist für die Wohlfahrtsverbände ein wichtiges und selbstverständliches Thema geworden

Die BAGFW hat im Rahmen des Projektes QM die Verankerung sowie die qualitative Weiterentwicklung des Themas in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern nachhaltig begleitet und gefördert. Im Rahmen ihrer Strategie haben die Wohlfahrtsverbände deutlich gemacht, dass integrierte QM-Systeme eine hohe Plausibilität für zielgerichteten Outcome und wirkungsorientierte Dienstleistungen schaffen. Darauf aufbauend gilt es für alle Arbeitsbereiche – im Rahmen der jeweils methodischen Möglichkeiten – Verfahren und Instrumente der Ergebniserfassung bzw. Wirkungsdarstellung weiter zu entwickeln sowie deren Verbreitung zu forcieren. Zugleich ist es aber erforderlich für einen angemessenen Umgang mit der Wirkungsmessung zu plädieren. Dies wurde zugleich als aktueller Schwerpunkt der Projektarbeit in der BAGFW ermittelt.

Brigitte Döcker, Leiterin des Referates QM von Juli 2003 bis April 2010

„Im Jahr 2003 nahm das QM-Team in der BAGFW-Geschäftsstelle die Arbeit auf. Im Jahr 2007 waren sich alle Verbände einig über die Notwendigkeit eines Projektes gemeinsam mit Wissenschaft, Kostenträgern und Politik zur Erarbeitung von evidenzbasierten Indikatoren, an denen man gute Pflege – also

Ergebnisqualität in der Pflege – feststellen könne. Im Jahr 2011 lagen diese Indikatoren pilothaft in der Praxis erprobt vor. Diese sind Gold wert für die fachliche Weiterentwicklung und die Entwicklung eines beruflichen Selbstbewusstseins für die Pflegekräfte. Wenn das kein Erfolg ist!“

Heike Golletz, Leiterin des Referates QM von September 2010 bis April 2013

„Das Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe“ weckte in den Verbänden einerseits hohe Erwartungen und andererseits kritische Stimmen, die es zu überzeugen galt. Der besondere Reiz lag (für mich) vor allem darin, dass erstmals die Nutzer selbst bei der Entwicklung und Erprobung der Instrumente direkt beteiligt wurden. Darüber hinaus ist der Wert der Zertifizierung der Geschäftsstelle (nach meinem Dafürhalten) insbesondere auch in der Vorbildfunktion zu sehen.“

Eva-Maria Schneider, Leiterin des Referates QM von September 2013 bis Dezember 2014

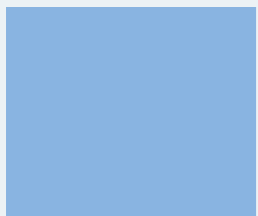
„Die Herausforderungen sind in den Jahren nicht weniger geworden. Auch wenn Qualitätsmanagement und die Begriffe und Anforderungen, die sich darum ranken heute nicht mehr Unbekannte sind. Viele Einrichtungen und Träger haben sich mit dem Thema befasst, was jedoch auch nicht heißt, dass QM-Systeme immer erfolgreich umgesetzt werden. Die nächste wichtige Frage ist, welches sind die drängenden Herausforderungen, denen man sich stellen will und muss. Insofern verstehe ich die Schaffung des Grundsatzreferates als sinnvolle Fortführung der QM-Stelle in Form einer thematischen Schwerpunktsetzung.“

2014



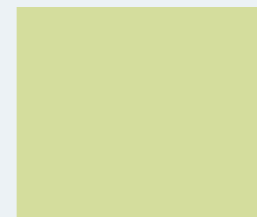
Politische Kontakte wurden unter anderem mit folgenden Personen und Institutionen geführt

Heinrich Alt, Vorstand Bundesagentur für Arbeit, BAG-Österreich, **Verena Bentele**, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, **Elke Ferner**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, **Ingrid Fischbach**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im BMG, **Sigmar Gabriel**, MdB, Bundeswirtschaftsminister, **Katrin Göring-Eckardt**, MdB und **Dr. Anton Hofreiter**, MdB, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, **Kerstin Griese**, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales sowie weitere Ausschussmitglieder, **Hermann Gröhe**, MdB, Bundesgesundheitsminister, **Dr. Gregor Gysi**, MdB, Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion Die Linke, **Barbara Hendricks**, MdB, Bundesumweltministerin, **Wolfgang Husemann**, Leiter Gruppe Europäische Fonds für Beschäftigung im BMAS, **Volker Kauder**, MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Andreas Kirner**, Referent im BMFSFJ, **Dr. Ralf Kleindiek**, Beamteter Staatssekretär im BMFSFJ, **Annette Kramme**, MdB, Parlamentarische Sekretärin im BMAS, **Karl-Josef Laumann**, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, **Paul Lehrieder**, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Gabriele Lösekrug-Möller**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im BMAS, **Caren Marks**, MdB, Par-

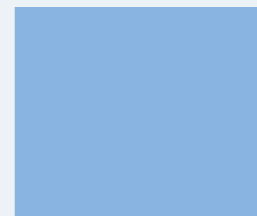


lamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, **Wolfgang Meincke**, Referatsleiter Wohlfahrtspflege, soziale Arbeit im BMFSFJ, **Dr. Angela Merkel**, MdB, Bundeskanzlerin, **Andrea Nahles**, MdB, Bundesarbeitsministerin, **Aydan Özoğuz**, MdB, Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, **Mechthild Rawert**, MdB, pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, **Erwin Rüdell**, MdB, pflegepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Corinna Rüffer**, MdB, behindertenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Dr. Rolf Schmachtenberg**, Abteilungsleiter im BMAS, **Dr. Martin Schölkopf**, Unterabteilungsleiter im BMG, **Uwe Schummer**, MdB, behindertenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Kerstin Tack**, MdB, behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Transparency Deutschland, **Annette Widmann-Mauz**, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im BMG, **Pia Zimmermann**, MdB, pflegepolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, **BAGFW-Veranstaltungen**: 23. Januar, Steuerungskreis „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, 24.2. Abschlussveranstaltung „Quergedacht – Profis für die Kita!“, 25.2. Die Zukunft der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer – Fachtagung für Vertreter/innen der Freien Wohlfahrtspflege auf Landes- und Bundesebene, 11. März, Parlamentarischer Abend mit dem Deutschen Verein, Berlin, 8. April Parlamentarisches Frühstück zum Bundesteilhabegesetz, Ber-

lin, 30. April, Abschlusstagung des Projektes „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“, Berlin, 20. Mai, Workshop „Sozialraum als Ort der Teilhabe“, Berlin, 9. September, 1. Workshop Bürokratieabbau in der Pflegedokumentation, Erfurt, 23. September, Workshop mit Prof. Klie und Prof. Heinze zum 2. Engagementbericht und 7. Altenbericht, Berlin, 24. September, Treffen mit den Landesligen der Freien Wohlfahrtspflege, Berlin, 29. September, 2. Workshop Bürokratieabbau in der Pflegedokumentation, München, 10. Oktober, Workshop zum Sozialen Unternehmertum, Berlin, 14. Oktober, 3. Workshop Bürokratieabbau in der Pflegedokumentation, Hannover, 16. Oktober, 4. Workshop Bürokratieabbau in der Pflegedokumentation, Frankfurt am Main, 14. November, Sozialmonitoring, Berlin, 19. November, Parlamentarischer Abend in Brüssel, 8. Dezember, 90 jähriges Jubiläum der BAGFW und Deutscher Sozialpreis, Berlin **Veranstaltungen mit aktiver BAGFW-Beteiligung** 9. bis 10. Januar, Bündnis für Gemeinnützigkeit, Klausurtagung, Genshagen, 15 bis 17.



Januar, EU-Konferenz „Soziales Unternehmertum“, Straßburg, 19.2. Veranstaltung BMG „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation in der ambulanten und stationären Langzeitpflege“ – Abschlussveranstaltung zum Praxistest in fünf Bundesländern, 17. März, Kuratorium ConSozial, München, 25. März, Treffen der Landesligen-Geschäftsführungen, Mainz, 10. April, 3. Berliner Demografie Forum, Berlin,



21. Mai, Konstituierende Sitzung des TTIP-Beirats im BMWi, 23. Mai, 50 Jahre Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, Berlin, 25. bis 27. Juni, Hauptstadtkongress. Medizin und Gesundheit, Berlin, 3. Juli, Netzwerk Gemeinwohl, Köln, 9. Juli, 5. Sitzung des Lenkungs-gremiums „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, Berlin, 10. Juli, Konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz im BMAS, Berlin, 12. September, 1. Abstimmungsworkshop „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, Berlin, 17. September, 1. Nationales Schmerzforum, Berlin, 26. bis 27. September, 9. Forum Bürgergesellschaft, Diedersdorf, 1. Oktober, Hauptausschuss des Deutschen Vereins, Berlin, 8. Oktober, Workshop zum Passiv-Aktiv-Transfer mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Annette Kramme, BMAS, Berlin, 17. Oktober, 2. Abstimmungsworkshop „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, Berlin, 5. bis 6. November, ConSozial, Nürnberg, 6. November, MDK-Kongress, Berlin, 13. November, Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts, 29. November, ZWST-Konferenz „Unsere Zukunft gestalten“, Berlin, 1. Dezember, 3. Abstimmungsworkshop „Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation“, Berlin, 3. Dezember, „Gut Leben in Deutschland“ im Bundeskanzleramt, Berlin, 15. Dezember, Meinungsaustausch zum Konzept „Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern, Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit“ der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles



1848
Gründung der Diakonie Deutschland



1866
Gründung des Deutschen Roten Kreuzes (DRK)



1879
Gründung des Deutschen Caritasverbandes



1917
Gründung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)



1919
Gründung der Arbeiterwohlfahrt (AWO)



1924
Gründung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Der Paritätische)

Jubiläumsveranstaltung 90 Jahre BAGFW und Deutscher Sozialpreis 90 Jahre Freie Wohlfahrtspflege – Verleihung des Deutschen Sozialpreises 2014

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) beging am 8.12.2014 im Rahmen einer Festveranstaltung ihr 90. Jubiläum. Zugleich ehrten die Wohlfahrtsverbände engagierte Journalist/innen mit dem Deutschen Sozialpreis 2014. Die Veranstaltung fand am historischen Ort der Gründung in der Oranienburger Straße 13/14 in Berlin statt. Rund 250 Gäste kamen zur Festveranstaltung.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig betonte in ihrem Grußwort: „Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ist für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und für die Bundesregierung ein verlässlicher Partner. Die Bundesarbeitsgemeinschaft repräsentiert die Kompetenz der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege in allen wichtigen sozialen Fragen und bringt die Interessen benachteiligter Gruppen in den gesellschaftlichen Dialog und in das soziale Bewusstsein ein.“

BAGFW-Präsident Wolfgang Stadler hob in seiner Rede hervor: „Wir sind überzeugt, dass sich soziale Arbeit am Gemeinwohl ausrichten hat, und nicht an der möglichen Rendite für Investoren. Die 90 jährige Geschichte der

Freien Wohlfahrtspflege hat gezeigt, dass es für die gemeinwohlorientierte soziale Arbeit einen geschützten Raum braucht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hilft die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit in Deutschland zu sichern. Es bleibt ihre Aufgabe diesen geschützten Raum zu erhalten.“
Zugleich wurde der Deutsche Sozialpreis 2014 vergeben. Der Medienpreis zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ist mit 15.000 € dotiert und wird in drei Sparten vergeben. In einem mehrstufigen Auswahlverfahren wurden mehr als 420 hochwertige Arbeiten von einer unabhängigen Fachjury bewertet. Die Brisanz der Themen sowie die herausragende Erzählweise und Machart überzeugten.

Die Preisträger/innen des Deutschen Sozialpreises 2014 sind:

Sparte Print: Marco Maurer:
„Ich Arbeiterkind“, DIE ZEIT-Dossier, 24.1.2013

Sparte Hörfunk: Rainer Link:
„Sterben mit Dr. Kusch – Vom politischen Rechtsaußen zum umstrittenen Sterbehelfer“, Deutschlandfunk – Das Feature, 15.10.2013, 19:15 Uhr

Sparte Fernsehen: Isabel Schayani und Esat Mogul:
„Deutschlands neue Slums – Das Geschäft mit den Armutseinwanderern“, WDR Köln; ARD-Exklusiv im Ersten, 19.8.2013

Mehr Informationen: www.bagfw.de

90 Jahre



TRADITION & INNOVATION



Sozialgerichtsgesetzes – 22.7.2014 Positionspapier zur Anwerbung von ausländischen Pflegekräften – 27.8.2014 Grundsatzpapier: Qualitätsziele der Wohlfahrtsverbände zur Erreichung ihrer spezifischen Dienstleistungsqualität – 17.9.2014 TTIP – Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – Kernpositionen der BAGFW – 19.9.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf der Bundesregierung für ein Fünftes Gesetz zur

Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch – Leistungsausweitung für Pflegebedürftige, Pflegevorsorgefonds sowie zum Änderungsantrag zu Artikel 1 Nr. 27 – 29.9.2014 Stellungnahme der BAGFW Normierung von Gesundheitsdienstleistungen – 2.10.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften – 6.10.2014 Konsultationspapier der BAGFW zur

Gremienarbeit



BAGFW-Workshop: Der Sozialraum als Ort der Teilhabe – viele Akteure – gemeinsam handeln!

Sozialkommission I

Vorsitz: Brigitte Döcker, AWO

Die Sozialkommission I bearbeitet Themen aus den Bereichen Altenhilfe und Pflege, Behindertenhilfe, Gesundheitswesen und Themen der Betreuungsvereine. Der Ausschuss „Qualitätsmanagement“ arbeitet fachübergreifend als Querschnittsausschuss in Zuordnung der Sozialkommission I.

Nach der Aushandlung des Koalitionsvertrages nahm die neue Bundesregierung Anfang 2014 sehr rasch ihre politische Arbeit auf. Die Sozialkommission wertete die Koalitionsvereinbarung aus, glich diese mit den von der BAGFW erarbeiteten Kernforderungen ab und formulierte ihre konkreten Erwartungen an die Politik. Die BAGFW führte mit nahezu allen relevanten politischen Akteuren Gespräche, stellte die Arbeit der BAGFW, ihre politischen Kernforderungen und fachlichen Schwerpunkte vor. Die Sozialkommission I begleitete diesen Prozess, indem sie die politischen Gespräche thematisch und inhaltlich mit vorbereitete und über die Ergebnisse beriet.

In der Sozialkommission I standen neben den alten- und pflegepolitischen Themen, die durch den aktuellen Prozess zur Reform der Eingliederungshilfe und Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes angestoßenen intensiven Debatten im Vordergrund. Das BMAS hat wie im Koalitionsvertrag angekündigt eine Arbeits-

gruppe Bundesteilhabegesetz eingesetzt, in der zahlreiche Akteure und Menschen mit Behinderungen und deren Verbände vertreten sind. Die BAGFW hat dort zwei Plätze. Sie hat sich in die Vorarbeiten des Gesetzgebungsverfahrens intensiv eingebracht und wird dies auch noch bis zum Abschluss der AG im April 2015 weiterhin engagiert tun. Die Sozialkommission I befasste sich zudem mit dem Projekt der BAGFW „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe“, das Mitte 2014 erfolgreich zum Abschluss gebracht werden konnte, sowie mit den Möglichkeiten, dieses erfolgreiche Instrument der Wirkungsmessung auch weiterhin für die Freie Wohlfahrtspflege in einem anderen Projektvorhaben nutzbar zu machen.

Die im Fachausschuss „Gesundheitswesen“ im Detail vorbereiteten Positionen zur Präventions- und Gesundheitsförderung sowie zur Weiterentwicklung der medizinischen Rehabilitation wurden in der Sozialkommission I diskutiert und für die weitere politische Arbeit freigegeben.

Die für die Freie Wohlfahrtspflege bedeutsamen Betreuungsvereine standen verstärkt im Fokus der Sozialkommission I-Arbeit. Insbesondere die 2005 eingeführte pauschale Vergütung für die Führung von rechtlichen Betreuungen, die seitdem nicht mehr erhöht wurde, bereitet den Betreuungsvereinen große Sorge, führt sie doch zu erheblichen Finanzierungsproblemen und damit insgesamt zu einer Schwächung des Betreuungswesens. Die nicht auskömmliche Finanzierung und die möglichen Wege aus dieser Situation wird auch weiterhin Gegenstand von BAGFW-Initiativen sein. Ziel muss es sein, angesichts der wachsenden Bedeutung der Be-

treuungsarbeit deren existenzielle Grundlagen zu sichern. Das Betreuungswesen stand neben dem Pflegebereich im Mittelpunkt einer Studie von „Transparency Deutschland“ zu Transparenzmängeln, Betrug und Korruption in Pflege und Betreuung. Die Studie wurde einer umfassenden fachlichen Bewertung unterzogen. Die BAGFW suchte das Gespräch mit Vertretern von Transparency Deutschland.

Gemeinsam mit der Sozialkommission II befasste sich die Sozialkommission I mit einigen übergreifenden Themenstellungen. Die AG zum Themenschwerpunkt „Der Sozialraum als Ort der Teilhabe“ schloss ihre Arbeiten im Berichtszeitraum im Wesentlichen ab. Die fachübergreifende Arbeitsgruppe, die den Auftrag hat, eine Position zur Fachkräftesicherung in den sozialen Berufen zu erarbeiten, legt das Ergebnis Anfang 2015 vor.

Ebenfalls in gemeinsamer Zuständigkeit organisierte die BAGFW einen Workshop, der sich mit den Inhalten des 2. Engagementberichtes und des 7. Altenberichtes der Bundesregierung befasste. Die Freie Wohlfahrtspflege wollte sich einbringen in die Debatte, in der grundlegende Themen wie Subsidiarität, Bürgerschaftliches Engagement und Sorgende Gemeinschaften im Mittelpunkt stehen.

Das Arbeitsfeld Altenhilfe und Pflege bildete mit den zahlreichen aktuellen Themenstellungen erneut einen Schwerpunkt der SK I-Arbeit. Die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive des BMFSFJ, die die Spitzenverbände mit erarbeitet und unterzeichnet haben, will einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten und will Ausbildungszahlen und Beschäftigungsbedingungen in der Altenpflege verbessern. Die BAGFW erstellte einen eigenen Zwischen-

bericht, begleitete und kommentierte den Zwischenbericht des BAFZA. Im Kontext Personal- und Fachkräftemangel stand zudem das Modellprojekt des BMWi „Ausbildung von Arbeitskräften aus Vietnam zu Altenpflegefachkräften“, das von der BAGFW anfangs für die Freie Wohlfahrtspflege koordiniert und seitdem begleitet wurde. Die BAGFW hat Kriterien und Anforderungen an eine ethisch vertretbare Anwerbung von ausländischen Arbeits- und Fachkräften in der Pflege formuliert und in die Debatte eingebracht. Dabei wurden die in dem Projekt gemachten Erfahrungen ausgewertet und in das BMWi zurück gespiegelt.

Wie in den Vorjahren standen Themen zur Qualitätssicherung in der Pflege, der Pflegebedürftigkeitsbegriff und die Entbürokratisierung in der Pflege auf der Agenda.

Die Sozialkommission I führte auch eine strategische Diskussion darüber, ob und auf welche Weise eine Neuorientierung des Pflegesystems angestoßen werden sollte. Hintergrund dafür war die Präsentation der Gutachtenergebnisse „Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem“; die Sozialkommission I diskutierte mit der Autorin der Studie mögliche Wege zu einem Systemwechsel. Das Thema wird weiterhin auf der Agenda bleiben.

Strategie Europa 2020 – 7.10.2014 Positionspapier der BAGFW zur Allgemeinen (Ambulanten) Palliativversorgung – 20.10.2014 Stellungnahme der BAGFW zur Neufassung der Umsatzsteuerbefreiung für Leistungen im Bereich der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit – 31.10.2014 Stellungnahme der BAGFW zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf des Bundesrates Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen im

Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen – 17.11.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und des Sozialgerichtsgesetzes vom 22.9.2014 – 18.11.2014 Positionspapier Mehr gesunde Jahre für alle – Grundsätze der BAGFW zur Präventionspolitik – 18.11.2014 Stellungnahme der BAGFW zum Gesetzentwurf des



BAGFW-Fachtagung
Die Zukunft der
Migrationsberatung für
erwachsene Zuwanderer.
Fachtagung für Vertreter/
innen der Freien Wohlfahrtspflege auf Landes-
und Bundesebene



Quergedacht –
„Profis für die Kita“
Abschlussdokumentation



Fachtagung am
24. Februar 2014 in Berlin
Eingestellt – Neue Profis
in der Kita! Maria Loheide
(BAGFW); Prof. Dr. Tho-
mas Rauschenbach (DJI);
Caren Marks, Parlama-
ntarische Staatssekretärin im
BMFSFJ

Sozialkommission II

Vorsitz: Maria Loheide, Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband

Die Sozialkommission II bearbeitet in ihrer Zuständig-
keit Themen aus den Feldern Kinder, Jugend, Familie
und Frauen, Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung,
Migration und Integration sowie bürgerschaftliches
Engagement und Freiwilligendienste.

Gleich zu Beginn des Jahres und mit dem Start
der großen Koalition traf sich die Sozialkom-
mission II zu einer zweitägigen Klausurtagung,
die zum einen das Ziel verfolgte, Selbstver-
ständnis und Profil der Sozialkommission II
sowie Herausforderungen und Problemlagen
gemeinsam zu definieren, als auch im Hinblick
auf die Koalitionsvereinbarung gemeinsame
Reaktionen und lobbyistische Aktivitäten ab-
zustimmen und zu planen.

Die Bundesregierung nahm ihre politische
Arbeit sehr rasch auf. Sie startete mit großen
sozialpolitischen Reformvorhaben und zeigte
dabei großes Interesse an den Kommentierun-
gen und an der Expertise der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Arbeit der neuen großen Koalition wurde
auf BAGFW-Ebene in einer Vielzahl von politi-
schen Gesprächen begleitet, die mit Vertretun-
gen der Bundesregierung und der Koalitions-
fraktionen, aber auch der Opposition geführt
wurden.

Zu den Schwerpunktaufgaben der Sozialkom-
mission II gehörte es, die politischen Gespräche
fachlich und inhaltlich vorzubereiten und die
Ergebnisse auszuwerten.

Besonderes Augenmerk legte die Sozialkom-
mission II auf den Sozialmonitoringprozess, den
die neue Bundesregierung erfreulicherweise
auch in dieser Legislaturperiode fortsetzen
wird. Dabei tauschten sich die Bundesregie-
rung und die Wohlfahrtsverbände in einem
gemeinsamen Monitoringprozess über nicht
intendierte Auswirkungen der Gesetzgebung
im Sozial- und Gesundheitsbereich auf Men-
schen in Armut und in prekären Lebenslagen
aus. Die Auftaktveranstaltung im BMAS fand
im November 2014 statt. Der Prozess wird kon-
tinuierlich fortgesetzt.

Die arbeitsmarktpolitischen Herausforderun-
gen und Themen standen regelmäßig im Fokus
der SK II-Arbeit. Die BAGFW setzte sich erneut
und verstärkt für die Einrichtung eines öffent-
lich geförderten sozialen Arbeitsmarktes ein.
Angesichts der neuen Regierungskonstellation
sah die BAGFW eine größere Chance, der zu-
mindest modellhaften Umsetzung des Passiv-
Aktiv-Transfers näher zu kommen. In einem
Workshop mit der Parlamentarischen Staats-
sekretärin im BMAS, Frau Kramme, tauschten
sich die Verbände über die Möglichkeiten der
Durchführung eines Passiv-Aktiv-Transfers aus.
Das BMAS lud die BAGFW zu einem Dialog zum
Konzept „Chancen eröffnen – Teilhabe sichern“
ein. Die Sozialkommission II bewertete das Kon-
zept und erarbeitete eine Stellungnahme.
Die regelmäßigen Gespräche mit der Bundes-
agentur für Arbeit wurden in enger Ab-
stimmung mit dem Fachausschuss „Arbeits-

marktpolitik und Grundsicherung“ inhaltlich
vorbereitet. Traditionell ergeben sich aus dieser
Gesprächsreihe zahlreiche auch für die Praxis
und die örtlichen Agenturen und Verbandsun-
tergliederungen relevante Verabredungen und
Handlungsempfehlungen. Der Dialog mit dem
DGB wurde auf Arbeitsebene fortgesetzt und
soll zukünftig intensiviert werden.

Die Sozialkommission II beschäftigte sich vor
dem Hintergrund der aktuellen politischen
Lage mit vielfältigen migrations- und flücht-
lingspolitischen Themen. So wurde die Situa-
tion von Flüchtlingen, insbesondere von
unbegleiteten Minderjährigen, ebenso proble-
matisiert wie die Ergebnisse des Flüchtlings-
und des Integrationsgipfels. Mit den Beratun-
gen der Deutschen Islamkonferenz, die sich mit
dem Thema Wohlfahrtspflege und muslimische
Verbände auseinandersetzt, befasste sich die
Sozialkommission II vor dem Hintergrund der
interkulturellen Öffnung der bestehenden
Dienste und Angebote. Diese Themen werden
in 2015 auf der Agenda bleiben.

Im Themenfeld Kinder- und Jugendhilfe
begleitete sie in enger Abstimmung mit dem
Fachausschuss das Vorhaben zur gesetzlichen
Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung
und setzte sich für eine Weiterentwicklung der
Qualität in Kindertageseinrichtungen ein.

Im Zusammenhang mit dem Prozess des BMAS
zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Teilhabe
von Menschen mit Behinderung beschäftigte
sich die Sozialkommission II gemeinsam mit der
Sozialkommission I mit der „Großen Lösung“.
Sie sieht vor, dass alle Kinder mit Behinderun-
gen Leistungen der Teilhabe und Entwicklung

über das SGB VIII erhalten. Ein gemeinsames
Positionspapier wurde in die Arbeitsgruppe
des BMAS eingebracht.

In gemeinsamer Zuständigkeit mit der Sozial-
kommission I bereite die Sozialkommission II
einen BAGFW-Workshop vor, der sich mit den
Inhalten des 2. Engagementberichtes und des
7. Altenberichtes der Bundesregierung befasste.
Vorab führte sie dazu ein intensives Gespräch
mit dem Vorsitzenden der 2. Engagementber-
ichtskommission, Herrn Professor Klie, der die
Inhalte des Berichts und die Vorstellungen der
Freien Wohlfahrtspflege war es, die Erstellung
der beiden Berichte zu begleiten und die Sicht-
weisen der Wohlfahrtspflege einzubringen.
Zur Vielzahl der Themenfelder im Zuständig-
keitsbereich der Sozialkommission II standen
weitere Vorhaben auf der Agenda. So disku-
tierte sie erneut die zahlreichen Facetten des
Themas „Soziale Innovationen“.
Sie beriet fachübergreifend gemeinsam mit
der Sozialkommission I über die Ergebnisse der
AG „Der Sozialraum als Ort der Teilhabe“. Die
Dokumentation der Aktivitäten zum Thema
sind auf der Homepage der BAGFW abrufbar.

Eine Position zur Fachkräfteentwicklung und
-sicherung in den sozialen Berufen wurde zu
Beginn des Jahres 2015 durch eine fachüber-
greifende Arbeitsgruppe vorgelegt.

Themen mit europapolitischem Bezug waren
im Wesentlichen die BAGFW-Kernpositionen
zum Freihandelsabkommen TTIP, die Konsul-
tation Europa 2020 und die Beratung der
europapolitischen Erwartungen der BAGFW an
die neue EU-Kommission und das Parlament.

Freistaates Bayern vom 30.9.2014 „bundesweite Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ – 1.12.2014 Stellungnahme der BAGFW zur Anpassung der Betreuungskräfte-Richtlinien nach § 87b Abs. 3 SGB XI – 5.12.2014 Positionierung der BAGFW zum Konzept der Bundesarbeitsministerin „Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern. Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit – 8.12.2014 Anmerkungen

und Hinweise der BAGFW zur Fortschreibung des Nationalen Sozialberichts 2015



Das umfassende Zahlenwerk der BAGFW „Gesamtstatistik 2012“ konnte 2014 turnusgemäß veröffentlicht werden

Finanzkommission

Vorsitz: Abraham Lehrer, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

Die Rahmenbedingungen für die Finanzierung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege standen traditionell im Zentrum der Tätigkeit der Finanzkommission. Die Fachausschüsse „Gemeinnützigkeit und Steuern“, „Wohlfahrtsmarken“, „Statistik“ und „Vergaberecht“, arbeiteten unter dem Dach der Finanzkommission an einem breiten Themenspektrum.

Aus den Fachausschüssen ist in der Regel eine Person auch Mitglied in der Finanzkommission, so dass die Verzahnung zwischen den Gremien sichergestellt werden kann. Hierfür gebührt allen Beteiligten unsere Anerkennung.

Die Arbeit war stark beeinflusst von den Diskussionen zur Zukunft der BAGFW im Anschluss und auf Basis der Ergebnisse der Klausurtagung der Mitgliederversammlung im Februar 2014 und den daraus folgenden Perspektivprozessen.

Der Fokus der Finanzkommission lag hier bei den Herausforderungen der mittel- bis langfristig zu sichernden Finanzierung der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege im Allgemeinen und der Geschäftsstellentätigkeit im Besonderen.

Mittels Überprüfung und Sichtbarmachung von Risikostrukturen im Finanzgerüst der BAGFW zielte die Arbeit der Finanzkommission auf die Entwicklung tragfähiger Finanzierungskonzepte, die einer stabilen, in die Zukunft gerichteten finanziellen Ausstattung dienlich sind.

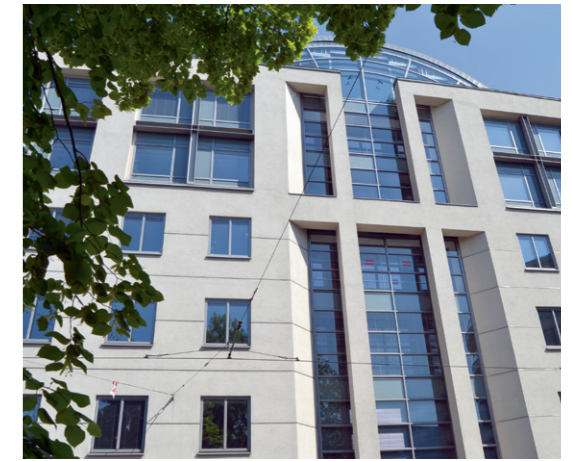
Einen zweiten Schwerpunkt bildeten die Diskussionen zu den Bundeszuschüssen an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und deren zukünftige Gestaltung. Diese erfolgten durchgängig in enger Abstimmung mit den fachlichen Ansprechpartnern im BMFSFJ.

Die Finanzkommission der BAGFW hat sich ferner wiederholt mit den Themen „Social Invest“ und „Soziale Innovationen“ beschäftigt. An dieser Stelle ist insbesondere die Begleitung bzw. Durchführung von Workshops zu beiden Themenkreisen im Juni und Oktober in Berlin sowie die Konsultationsbeiträge zur Gestaltung eines Europäischen Fonds für Soziales Unternehmertum hervorzuheben. Hierbei wurde in Analyse und fachlicher Einlassung stets den Auswirkungen von Finanzierungsmodellen auf das Gefüge sozialer Arbeit Rechnung getragen.

Desweiteren ging es 2014 auch um die Finanzierung vielfältiger Projekte der Freien Wohlfahrtspflege durch Bundes- und Lotteriemittel. Eine Vielzahl sozialer Projekte wären im Zuge einer umfassenden Kommerzialisierung des Lotteriewesens in Deutschland stark gefährdet.

Die Finanzkommission begleitete zudem auftragsgemäß die Budgeterstellung für das Jahr 2015, die laufende Bewirtschaftung des Budgets 2014 sowie die Bestrebungen zur qualitativen Verbesserung der grundlegenden organisatorischen Strukturen von Verein und Geschäftsstelle. Wie in jedem Jahr erörterte die Finanzkommission auch die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung des Jahresabschlusses 2013, der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

Geschäftsstelle



Zu den Kernaufgaben der BAGFW Geschäftsstelle gehören unter anderem die Beratung der Mitgliederversammlung und der ihr zuarbeitenden Gremien, die Koordination und Unterstützung der Facharbeit, die Organisation von politischen Gesprächen auf Bundesebene, die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, die Verwaltung der Fonds, Stiftungen, Lotteriemittel und des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken sowie die Darstellung und Kommunikation der Anliegen der Freien Wohlfahrtspflege in der Öffentlichkeit.

Es werden Parlamentarische Abende und Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages organisiert, Fachtagungen, Stellungnahmen und Publikationen präsentiert.

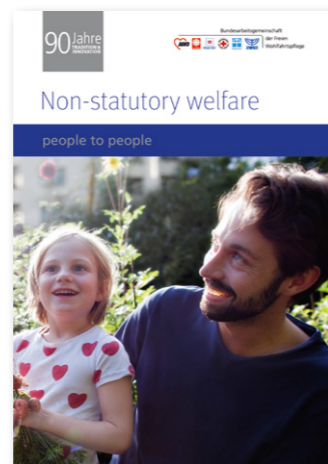
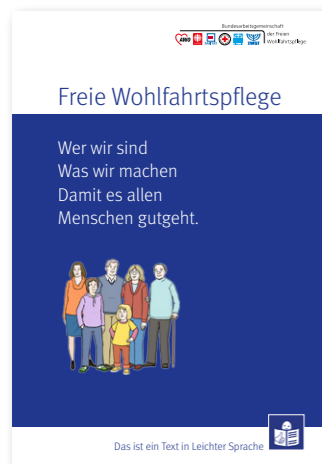
Die BAGFW unterhält neben der Geschäftsstelle in Berlin ein EUBüro in Brüssel und die Abteilung Wohlfahrtsmarken mit Standort Köln. Im Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“ war ein Mitarbeiter tätig.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und der sechs Spitzenverbände ist seit 2009 eine Regiestelle zur Umsetzung des Partnerschaftsprogrammes „rückenwind“ bei der BAGFW angesiedelt. Hier waren 2014 drei Mitarbeitende beschäftigt.

In der Geschäftsstelle der BAGFW waren 2013 insgesamt teilweise bis zu 21 Mitarbeitende beschäftigt.

Die BAGFW ist durch ihren Geschäftsführer in mehreren Gremien und Beiräten vertreten: u. a. Deutsches Zentralinstitut für Soziale Fragen, startsocial, Wege ins Netz, Kongress der Sozialwirtschaft, ConSozial, Hamburger Tage des Stiftungs- und Non-Profit-Rechts

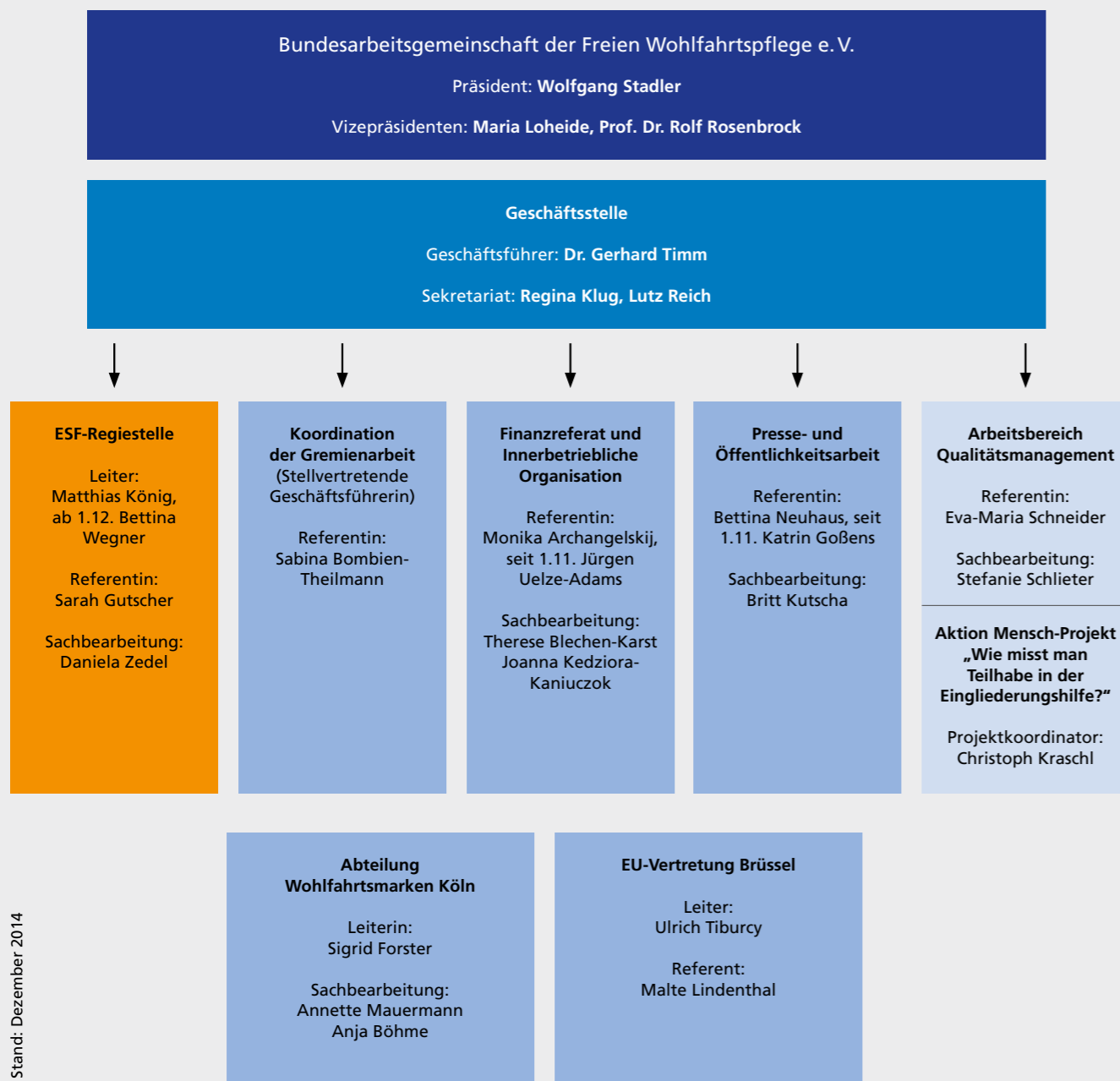




Aus Anlass des Jubiläums wurde die Imagebroschüre in englischer und deutscher Sprache überarbeitet. Eine Veröffentlichung in Leichter Sprache ist auf der Webseite verfügbar.



Im Dezember 2014 ging die neu gestaltete Webseite der BAGFW online.



Stand: Dezember 2014

Referat Qualitätsmanagement und Strategie

Freie Wohlfahrtspflege als aktiver Gestalter und Mitgestalter von Qualitätsentwicklung in den Feldern der Sozialen Arbeit

Schwerpunkt des Referates Qualitätsmanagement und Strategie ist die Fokussierung auf die strategische Bedeutung relevanter Qualitätsthemen sowie die Vernetzung mit den Fachebenen Altenhilfe, Behindertenpolitik und Gesundheitswesen. Die Arbeit an aktuellen gemeinsamen Qualitätsentwicklungsfragen wird durch das Referat Qualitätsmanagement gefördert und unterstützt. Darüber hinaus war der Ausschuss Qualitätsmanagement bei der Profilentwicklung des neuen Grundsatzreferates eingebunden. Des Weiteren wurde daran gearbeitet, das vorliegende Konzept zur Messung von Ergebnisqualität in der Altenhilfe der Fachöffentlichkeit und in der Politik bekannt zu machen sowie dessen Umsetzung in die Praxis voranzutreiben. Die BAGFW arbeitet im Begleitgremium im Rahmen der Umsetzung der Richtlinien zur Qualitätssicherung der Qualitätsprüfungen nach §§ 114 ff SGB XI mit.

QM-Modelle der BAGFW-Verbände im Bereich der Kindertageseinrichtungen

Im Zusammenhang mit der Qualitätsdebatte in der Kinderbetreuung und dem 10-Punkte-Programm des BMFSFJ „Kindertagesbetreuung 2013“ hat der Ausschuss Qualitätsmanagement einen Vergleich der Qualitätskriterien, die den jeweiligen QM-Modellen für Kitas der Wohlfahrtsverbände zu Grunde liegen, erarbeitet.

Erweiterung des Grundlagenpapiers „Qualitätsziele der Wohlfahrtsverbände zur Erreichung ihrer spezifischen Dienstleistungsqualität“

Für das Grundlagenpapier wurden beispielhaft wirkungsorientierte bzw. ergebnisorientierte Kennzahlen erarbeitet. Diese sollen Anregungen zur Evaluation der Wirksamkeit des eigenen Handelns geben.

Projekt „Wie misst man Teilhabe in der Eingliederungshilfe?“

Das im Juni 2011 gestartete Projekt hatte zum Ziel, Indikatoren und Instrumente zur wirkungsorientierten Messung der Teilhabe von Menschen mit geistiger und/oder Mehrfachbehinderung oder psychischer Erkrankung, die Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen, zu entwickeln und zu erproben. Das Projekt fand in Kooperation mit dem Institut für Personenzentrierte Hilfen an der Hochschule Fulda statt und wurde von der Aktion Mensch gefördert. Mit dem entwickelten Instrument soll die Sichtweise der Betroffenen und das Prinzip der Selbstwirksamkeit gestärkt werden. Mit dem Projekt ist das Potential verbunden, als Freie Wohlfahrtspflege ein innovatives Verfahren zur Förderung von Inklusion und Teilhabe in Deutschland zu etablieren.

Qualität und Wirkung auf der europäischen Ebene

Der Ausschuss Qualitätsmanagement war unter anderem an der AG Wirkungsmessung zur Prüfung des Berichtes der Expertengruppe der Europäischen Kommission (GECES) beteiligt. In diesem Kontext wurde der Bedarf nach einer Positionierung zum Thema Wirkungsmessung deutlich. Die Finanzkommission bat daraufhin den Ausschuss ein Positionspapier zum Thema Wirkung in der Sozialen Arbeit zu entwickeln, was in 2015 abgeschlossen werden soll.

Veranstaltungen zur Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation

Für die Pflegeeinrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege wurden in Zusammenarbeit mit den Landesligen der Freien Wohlfahrtspflege vier Veranstaltungen zum Thema Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation organisiert. Die Veranstaltungen informierten über das Pilotprojekt zur „Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation“, das im Auftrag vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unter Mitwirkung der Freien Wohlfahrtspflege durchgeführt worden war.



Am 19. März 2014 fand eine Anhörung von sechs nationalen Sachverständigen im Europäischen Parlament in Brüssel zum Stand der Partnerschaftvereinbarungen in den Strukturfonds statt. Ulrich Tiburcy, Leiter der EU-Vertretung, stellte den aktuellen Stand der Umsetzung des Partnerschaftsprinzips in Deutschland vor. Dabei ging er vor allem auf die Beteiligung von Organisationen der Zivilgesellschaft ein.

rechts: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble übergab im Schloss Bellevue dem Schirmherrn des Sozialwerkes Wohlfahrtsmarken, Bundespräsident Joachim Gauck und auch dem Präsidenten der BAGFW, Wolfgang Stadler, ein Album mit den Erstdrucken der neuen Marken.



rechts: Dr. Gerhard Timm (BAGFW), Petra Rösiger (Diakonie Deutschland), Dr. Christiane Staudte (DRK), Stephan Pfannkuchen (Der Paritätische), Sigrid Forster (BAGFW)



Europa vor einem Neubeginn?

Europa steht vor großen Herausforderungen. Die neu gewählte Europäische Kommission will ihre Arbeitsschwerpunkte vor allem auf die Themen Förderung von Wachstum und Beschäftigung, Energiepolitik, Abschluss eines vernünftigen und ausgewogenen Handelsabkommens mit den USA sowie Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion mit stärkerem Akzent auf den Ausbau der sozialen Dimension legen. Zudem soll die Einwanderungspolitik weiterentwickelt werden.

Die Wirtschaftskrise führte in der Europäischen Union zu Verwerfungen, die einen Anstieg an Arbeitslosigkeit und eine Zunahme an Armut und sozialer Ausgrenzung zur Folge hatte. Daneben stellt der demografische Wandel besondere Anforderungen im Hinblick auf die Versorgung der Menschen mit Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen, die Handlungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme, die Mobilität von Beschäftigten und die Erbringung sozialer Dienstleistungen.

Die BAGFW hat in ihren Europapolitischen Erwartungen vom Mai u. a. eine Stärkung des sozialen Europas durch Beseitigung sozialer Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten, durch mehr Solidarität mit den von Armut betroffenen Menschen und durch Verwirklichung der sozialen Grundrechte gefordert. Europa muss ausreichend finanziell handlungsfähig sein. Die Bürger/innen sollen hochwertige Dienste der Daseinsvorsorge entsprechend ihren Wünschen wahrnehmen können.

Für Aufregung sorgten die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA. Die BAGFW hat dazu Kernaussagen entwickelt und erwartet u. a., dass

- soziale Dienstleistungen als Dienste im allgemeinen Interesse im Sinne der Bestimmungen des EU-Vertrages (Art. 14 AEUV und Protokoll 26) vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen werden und die öffentliche Verantwortung für die Bereitstellung und die Erbringung von sozialen Dienstleistungen nicht durch regulatorische Maßnahmen unterlaufen wird,
- die Möglichkeit, gemeinnützige Dienste öffentlich zu finanzieren und gemeinnütziges Handeln steuerrechtlich anzuerkennen, auch künftig gesichert ist,
- die Beihilferegeln für soziale Dienstleistungserbringung nicht als diskriminierende Hemmnisse ausgelegt und nicht Gegenstand von Streitbeilegungsverfahren werden können,
- die Festlegung von Standards für die Erbringung sozialer Dienstleistungen in der nationalen Kompetenz verbleibt.

In Gesprächen mit dem Bundeswirtschaftsministerium und der EU-Kommission wurden die Anliegen erörtert und festgestellt, dass die soziale Dienstleistungserbringung aufgrund nationaler und EU-Vorbehalte weitgehend keiner Marktöffnung unterliegt.

Intensiv begleitete die BAGFW die Diskussionen über soziales Unternehmertum und soziale Wirkungsmessung, die Ausgestaltung der Struktur- und Investitionsfonds sowie des Hilfsfonds für Bedürftige und die Halbzeitbewertung der sozialpolitischen Ziele der Europa 2020-Strategie.

65 Jahre Wohlfahrtsmarken: „Gute Post ist keine Hexerei“

So titelte die Berliner Zeitung nach der Präsentation der Wohlfahrtsmarken 2014 in Schloss Bellevue am 29. Januar 2014. Auf Einladung von Bundespräsident Joachim Gauck als Schirmherr des Sozialwerkes überreichte Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ihm und dem BAGFW-Präsidenten Wolfgang Stadler Erstdrucke der Marken mit Motiven aus dem Grimmschen Märchen „Hänsel und Gretel“. Wer kennt sie nicht, die Geschichte über die zwei Kinder, die mit ihrem Vater und der Stiefmutter am Waldrand wohnen? Heute wäre das eine klassische Patchwork-Familienkonstellation. Die Kurzfassung nahm der BAGFW-Präsident in seiner Ansprache zum Anlass, das gemeinsame Anliegen aller Verbände zu formulieren: die soziale Not durch handfeste, tägliche Arbeit zu lindern. So nutzen nicht nur – aber leider immer mehr – Kinder seit 1949 bis heute die stärkenden, schützenden und unterstützenden Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege. Die Erlöse aus dem Verkauf des „Porto mit Herz“ leisten dabei seit 65 Jahren einen unverzichtbaren Beitrag.

Dieses Jubiläum griff auch der WDR in zwei Hörfunkbeiträgen auf. In WDR 2 war der „Stichtag“ 14. Dezember dem Erstausgabetag im Jahr 1949 gewidmet, WDR 4 nahm sich des Themas in der Reihe „Meilensteine und Legenden“ an.

Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände insbesondere im Bereich der Flüchtlinge würdigte Rainer Maria Kardinal Woelki bei der Vorstellung der Weihnachtsmarke 2014 im Dezember in Köln. Im Therapiezentrum für Folteropfer und Flüchtlingsberatung des Caritasverbandes dankte BAGFW-Geschäftsführer Dr. Gerhard Timm dem Bundesfinanzminister für die seit 45 Jahren gewährte Unterstützung durch die Heraus-

gabe des Sonderpostwertzeichens. Das aktuelle Motiv „Stern von Bethlehem“ weist den Weg, wie einfach Hilfe sein kann: mit kleinen Gesten Großes bewirken!

Im Rahmen der Information über Wohlfahrtsmarken als Finanzierungselement für soziale Arbeit und zur Gewinnung neuer Vertriebsstellen in den verbandlichen Gliederungen präsentierte die Abteilung Wohlfahrtsmarken das „Porto mit Herz“ wiederum auf der ConSozial in Nürnberg. Der Kontakt zu den treuesten Kunden, den Sammlern, wird ganzjährig über die philatelistischen Medien sowie den Messeauftritt auf der Internationalen Briefmarkenbörse in Sindelfingen gepflegt.

Parallel zu diesen öffentlichkeitswirksamen, punktuellen Aktionen ist die Abteilung Wohlfahrtsmarken in ständigem Gespräch mit den Partnern aus BMF, Post und Philatelie, um die Interessen der Verbände zu wahren, insbesondere z. B. bei anstehenden Änderungen im Ausgabeprogramm oder bei der Festlegung der Zuschlagswerte im Rahmen von Portoerhöhungen. Für die mit den von der Deutschen Post angebotenen günstigeren Vertriebsbedingungen für die Verbände einhergehenden zusätzlichen Aufgaben für das Kölner Büro wurden programmtechnische Lösungen gefunden.

Weitere Informationen unter www.wohlfahrtsmarken.de





Sechs Teilnehmerinnen und Teilnehmer an rückenwind-Maßnahmen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern geben Einblicke in ihren Arbeitsalltag und berichten über ihre Motivation, in einem sozialen Beruf tätig zu sein. Sie erläutern, wie sie ganz persönlich von rückenwind profitiert haben.



Abschlussdokumentation

ESF-Regiestelle: Personalentwicklungsprogramm „rückenwind“ erfolgreich beendet

Nach sechsjähriger Laufzeit endete zum 31. Dezember 2014 das ESF-Programm „rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft“. Bundesweit 131 Personalentwicklungsprojekte in der gemeinnützigen Sozialwirtschaft wurden in dieser Zeit erfolgreich auf den Weg gebracht.

Mit seiner thematischen Ausrichtung auf Personalgewinnung und Personalbindung vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels hat das Förderprogramm den Nerv der Branche getroffen – und die Umsetzung einer Vielzahl innovativer Ideen und Konzepte ermöglicht. Viele der erprobten Instrumente und Konzepte wurden mittlerweile in den Regelbetrieb übernommen und haben zu nachhaltigen Veränderungen in den Verbänden, Einrichtungen und Diensten beigetragen. Zentrale Grundlage der Entwicklung und Umsetzung von „rückenwind“ war das Partnerschaftsprinzip zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW). Vorhandenes Fachwissen und Erfahrungswerte beider Partner wurden so umfassend genutzt. Zum Ausdruck kam dies zum einen in der gemeinsamen Steuerungsgruppe des Programms als auch in der Einrichtung der ESF-Regiestelle, deren Aufgabe die Koordinierung der Programmumsetzung war. Ganz im Sinne des Partnerschaftsprinzips wurde sie bei der Geschäftsstelle der BAGFW in Berlin eingerichtet und stand in engem Kontakt mit allen involvierten Akteuren. Auch deshalb war „rückenwind“ in seinen Zielsetzungen, Inhalten und Umsetzungsvorgaben unmittelbar an den Bedarfen und spezifischen Gegebenheiten der Sozialwirtschaft ausgerichtet und zeichnete sich durch eine hohe Passgenauigkeit aus.

Freigemeinnützige Träger, die einem der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege angehören sowie sonstige gemeinnützige Träger in der Sozialwirtschaft konnten sich mit konkreten Projektvorhaben für eine Förderung in einem der folgenden Bereiche bewerben:

- Berufsbegleitende Qualifizierung Einführung gesundheitsfördernder Arbeitsbedingungen
- Konzeptentwicklung zur Gewinnung von Fach- und Führungskräftenachwuchs
- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Personalgewinnung und Personalbindung
- Maßnahmen für altersgerechte Personalentwicklung sowie Karriereförderung von Frauen

60 Millionen Euro aus Bundesmitteln und Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) stellte das BMAS hierfür von 2009 bis 2014 zur Verfügung.

„rückenwind“ ist es gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit große Bekanntheit und einen sehr guten Ruf zu verschaffen. Programmverantwortliche wie auch Projektträger haben das gewonnene Wissen dabei auf vielfältige Weise für weitere Akteure in der Sozialwirtschaft nutzbar gemacht. Zentrales Element der programmbezogenen Öffentlichkeitsarbeit war die Website www.bagfw-esf.de. Jedes der 131 „rückenwind“-Projekte wurde auf der Website dargestellt. Rund 100 Aktualmeldungen pro Jahr informierten über Umsetzungsstand und Ergebnisse in den Projekten, über Veranstaltungen im Rahmen von „rückenwind“ und programminterne Publikationen. Zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften, eigenständige „rückenwind“-Publikationen sowie eine regelmäßige Präsenz des Programms auf sozialwirtschaftlichen Messen und Kongressen haben „rückenwind“ über die Grenzen der Verbände hinaus bekannt gemacht.

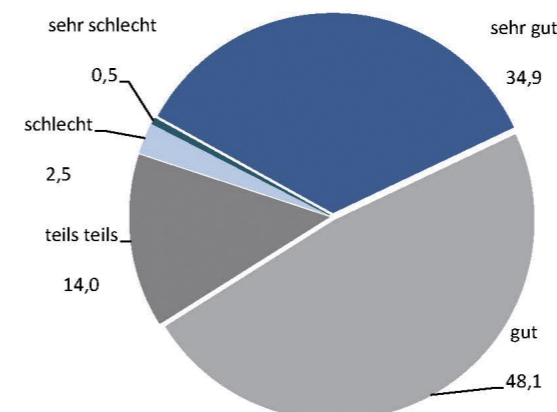
Seit Beginn des Programms „rückenwind“ unterstützte die ESF-Regiestelle den Erkenntnistransfer zwischen den Projektträgern. Jedes Jahr fand eine Fachveranstaltung statt, bei der ein zentrales Thema des Programms im Rahmen von Expertenvorträgen, Projektpräsentationen und Diskussionsrunden behandelt wurde. Insgesamt 18 Themenworkshops ergänzten den Fachaustausch unter den Projektträgern. Den Projektteams wurde auf diese Weise ein Forum geboten, erfolgreiche Personalentwicklungsmethoden und -instrumente zu präsentieren, sich auszutauschen und zu vernetzen.

Die Wissenschaft belegt die Qualität des Programms: Im Rahmen der Fallstudie „Fachkräftesicherung im Bundes-ESF“ des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung wurde eine Befragung der Teilnehmenden und Projektträger des Programms „rückenwind“ durchgeführt. Die Wissenschaftler/innen haben untersucht, wie das Programm von der Zielgruppe angenommen und umsetzungs- sowie ergebnisseitig bewertet wird. Die Ergebnisse der Erhebung können sich sehen lassen: 83 Prozent der Teilnehmenden haben den Nutzen der von ihnen besuchten „rückenwind“-Maß-

nahmen mit „sehr gut“ und „gut“ bewertet. Knapp drei Viertel der befragten Projektträger gaben an, dass ihr Unternehmen in „sehr hohem“ oder „hohem“ Maße von der Projektteilnahme profitiert hat. Gute bis sehr gute Noten wurden auch für die inhaltliche und individuelle Passgenauigkeit der Maßnahmen, die Fachkompetenz der Referentinnen und Referenten sowie den Beitrag zur Erhöhung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten der geförderten Personen vergeben.

Im Rahmen der ESF-Förderperiode 2014–2020 setzt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales erneut eine Partnerschaftsrichtlinie um. Das Förderprogramm „rückenwind – Für die Beschäftigten und Unternehmen in der Sozialwirtschaft“ unterstützt Vorhaben, die Ansätze der Personal- und Organisationsentwicklung eng miteinander verknüpfen und so die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Demografiefestigkeit von Einrichtungen und Diensten in der Sozialwirtschaft dauerhaft verbessern.

Abbildung: Bewertung des gesamten Nutzens der rückenwind-Maßnahme in %



Quelle: Teilnehmendenbefragung rückenwind im Rahmen der thematischen Fallstudie „Fachkräftesicherung im Bundes-ESF“



GlücksSpirale
VON LOTTO

GlücksSpirale tut gut
Mit dem Verkauf jedes einzelnen Loses der GlücksSpirale wird Gutes getan. Die Erlöse der Lotterie kommen verschiedenen gemeinnützigen Zwecken zu Gute. Seit 1976 ist die Freie Wohlfahrtspflege Destinatär der GlücksSpirale. Mit einem Teil der Erlöse werden soziale Projekte der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege gefördert. Die weiteren Teile gehen an den Deutschen Olympischen Sportbund und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege werden jährlich um die 750 Projekte gefördert. 2013 wurden mehr als 19 Mio Euro für die Förderung vergeben.

Da der Jahresabschluss 2014 noch nicht abschließend beraten wurde, erfolgt an dieser Stelle die Darstellung des Zahlenwerkes 2013.

Finanzen 2013

Mit der detaillierten Kontrolle der finanziellen Seite der Arbeit der Geschäftsstelle hat die Mitgliederversammlung die Finanzkommission beauftragt. Die Geschäftsstelle berichtet gegenüber der Finanzkommission regelmäßig über die Einhaltung des Budgets des laufenden Jahres, den Jahresabschluss des Vorjahres und die finanziellen Planungen für das Folgejahr sowie weitere finanzrelevante Themen.

Die BAGFW gliedert ihr Rechenwerk in die Bereiche Geschäftsstelle Berlin zusammen mit dem EU-Büro und die Abteilung Wohlfahrtsmarken, die im folgenden Abschnitt separat dargestellt werden.

Geschäftsstelle Berlin und EU-Büro Brüssel

Um die Arbeit der Geschäftsstelle zu ermöglichen, sind im Jahr 2013 in den folgenden Bereichen Aufwendungen entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand der Geschäftsstelle in Berlin und des EU-Büros in Brüssel	1.018.000 €
2. Aufwand für Sachkosten der Geschäftsstelle und Aufwendungen zur Durchführung von Projekten	1.033.000 €
3. Sonstige Aufwendungen	29.000 €
Summe der Aufwendungen	2.079.000 €

Die Geschäftsstelle in Berlin und das EU-Büro in Brüssel finanzierten sich 2013 im Wesentlichen durch 4 Ertragsquellen:

Erträge

1. Mitgliedsbeiträge der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	774.000 €
2. Zuschüsse und Zuwendungen zu laufenden Aufwendungen (Lotterie „GlücksSpirale“, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Verein zur Förderung der Freien Wohlfahrtspflege e. V. u. a.)	715.000 €
3. Erträge aus Finanzanlagen, Zinsen und ähnliche Erträge	107.000 €
4. Sonstige Erträge	457.000 €
Summe der Erträge	2.053.000 €

Die Geschäftsstelle schloss das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag von 26.000 EUR ab. Der Fehlbetrag wurde aus den Rücklagen entnommen.

Abteilung Wohlfahrtsmarken

Im Jahr 2013 sind folgende Aufwendungen in der Wohlfahrtsmarkenabteilung entstanden:

Aufwendungen

1. Personalaufwand	117.000 €
2. Materialaufwand	16.318.000 €
3. Zuweisungen an Verbände aus Zuschlagserlösen	3.011.000 €
4. Sonstige Sachaufwendungen	246.000 €
Summe der Aufwendungen	19.692.000 €

Bei dem Materialaufwand handelt es sich vor allem um den Wareneinkauf der Wohlfahrtsmarken. Die sonstigen Sachaufwendungen beinhalten unter anderem die Aufwendungen für Maßnahmen zur gemeinsamen Bewerbung der Wohlfahrtsmarken in der Öffentlichkeit durch die Spitzenverbände.

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung in Köln finanzierte sich in 2013 wie folgt:

Erträge

1. Verkauf von Wohlfahrtsmarken / Sonderprodukten	16.328.000 €
2. Sonstige Erträge (u. a. Zuschlagserlöse aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG)	3.373.000 €
Summe der Erträge	19.701.000 €

Die Wohlfahrtsmarkenabteilung schloss das Geschäftsjahr 2013 mit einem Überschuss von 9.000 EUR ab. Der Überschuss wurde in die Rücklage eingestellt und dient der zukünftigen Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsmarkenabteilung.

Weiterleitung von Mitteln zur Durchführung sozialer Projekte

Aus den Zuschlagserlösen aus dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken durch die Deutsche Post AG wurden 2013 von der Geschäftsstelle 3.055.000 EUR an die angeschlossenen Spitzenverbände weitergeleitet. In ihrer Funktion als Destinatär der Lotterie „GlücksSpirale“ verteilte die BAGFW im Jahr 2014 an ihre Mitgliedsverbände Mittel aus der GlücksSpirale 2013 in Höhe von 19.180.000 EUR. Die Mittel wurden unverzüglich an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege weitergeleitet und dort für die Realisierung von sozialen Projekten im gesamten Bundesgebiet eingesetzt. Beispiele geförderter Projekte finden sich auf der Internetpräsenz der BAGFW www.bagfw.de

Die BAGFW weist im Rahmen eines Gesamtverwendungsnachweises gegenüber den Lotteriegenehmigungsbehörden der Länder die satzungsgemäße Verwendung der Zweckerträge der GlücksSpirale nach.

Der Verein Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. ist mit Bescheid für 2012 des Finanzamtes Berlin Körperschaften I vom 25.2.2014 als gemeinnützig anerkannt. Die Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Anhang 2013 wurden durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft TREUGENO GmbH, Kassel, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Anschriften



Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Telefon: 030 / 263 09 – 0
Fax: 030 / 263 09 – 32599
E-Mail: info@awo.org
www.awo.org



Der Paritätische Gesamtverband e. V.
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 / 246 36–0
Fax: 030 / 246 36–110
E-Mail: info@paritaet.org
www.paritaet.org



Deutscher Caritasverband e. V.
Karlstraße 40
79104 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761 / 200–0
Fax: 0761 / 200–572
E-Mail: info@caritas.de

Berliner Büro:
Reinhardtstraße 13
10117 Berlin
Telefon: 030 / 284 44–76
Fax: 030 / 284 44–788
E-Mail: pressestelle@caritas.de
www.caritas.de



Deutsches Rotes Kreuz e. V.
Carstennstraße 58
12205 Berlin
Telefon: 030 / 854 04–0
Fax: 030 / 854 04–450
E-Mail: drk@drk.de
www.drk.de



**Diakonie Deutschland
Evangelischer Bundesverband**
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin
Telefon: 030 / 652 11–0
Fax: 030 / 652 11–3333
E-Mail: pressestelle@diakonie.de
www.diakonie.de



**Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e. V.**
Hebelstraße 6
60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 / 944 371–0
Fax: 069 / 494 81–7
E-Mail: zentrale@zwst.org
www.zwst.org



**Bundesarbeitsgemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege e. V.**
Oranienburger Straße 13–14
10178 Berlin
Telefon: 030 24089-0
Fax: 030 24089-134
E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de
www.bagfw.de

Impressum

Mai 2015

Herausgeberin:
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.
V.i.S.d.P.: Dr. Gerhard Timm

Redaktion:
Katrín Goßens, Britt Kutschá

Gestaltung:
Rosendahl Berlin – Agentur für Markendesign

Bilder:
BAGFW, Holger Groß, Bettina Neuhaus

Druck:
Königsdruck



